

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

„ZIP“ ersetzt nicht gleiche Rechte

Rechtskomitee LAMBDA kritisiert grüne Forderung

Die homosexuelle Bürgerrechtsorganisation *Rechtskomitee LAMBDA* lehnt den heute in der aktuellen Debatte präsentierten Vorschlag der Grünen für einen „Zivilpakt“ („ZIP“) ab und erneuert ihre Forderung nach Gleichberechtigung homosexueller Paare.

Es ist zwar sehr positiv, wenn die Palette der familienrechtlichen Institute erweitert wird und damit Paare aus mehr Alternativen auswählen können. Die Schaffung einer Ehe zweiter Klasse ändert aber nichts an der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare. Während Homosexuelle derzeit eine (formlose Lebensgemeinschaft) und Heterosexuelle zwei Wahlmöglichkeiten haben (formlose Lebensgemeinschaft – Ehe), werden ihnen nach dem grünen Modell zwei (formlose Lebensgemeinschaft – ZIP), Heterosexuellen dann aber drei (formlose Lebensgemeinschaft – ZIP – Ehe) offen stehen. Die Wahlfreiheit steigt, die Ungleichheit aber bleibt.

Der von den Grünen vorgeschlagene Zivilpakt soll nur einen Bruchteil der Rechte und Pflichten der Ehe mit sich bringen und beinhaltet vor allem nichts über die Kinder in Regenbogenfamilien. In Österreich wachsen zehntausende Kinder in lesbischen oder schwulen Lebensgemeinschaften auf. Lesbische und schwule Eltern tragen alleine oder in Partnerschaft Verantwortung für die Erziehung und das Wohlergehen ihrer Kinder. Doch noch immer sind diese Regenbogenfamilien Familien zweiter Klasse und werden rechtlich diskriminiert. Auch sie haben im Interesse der Kinder Anspruch auf Rechtssicherheit. Lesben und Schwule sind keine schlechteren Eltern als heterosexuelle Menschen, nur weil sie eine andere sexuelle Orientierung haben. Insbesondere die fehlende Möglichkeit zur Stiefkindadoption (also des leiblichen Kindes des/der PartnerIn) entzieht den Kindern Versorgungsansprüche und sorgt für Unsicherheit

„ZIP“ hat sich in Europa nicht durchgesetzt

In Europa haben auch nur zwei Länder das grüne Modell gewählt (Frankreich und Luxemburg) während alle anderen Staaten gleichgeschlechtlichen Paaren den Zugang zu den Rechten und Pflichten der Ehe eröffnet haben.

Volle Gleichberechtigung kann es nur geben, wenn allen Paaren die gleichen Wahlmöglichkeiten, auch die Zivilehe, offen stehen. Wenn die Niederlande und Belgien sowie Kanada und Teile der USA diese Gleichheit bereits geschaffen haben und andere wie Spanien und Schweden sich bereits auf dem Weg dorthin befinden, so sollte dies auch für unser Land recht und billig sein, das 1787 als erstes Land der Welt die Todesstrafe für homosexuelle Beziehungen abgeschafft hat.

„Wir werden uns nicht mit einer Ehe zweiter Klasse abspesen lassen, während verschiedengeschlechtlichen Paaren nach wie vor die Ehe erster Klasse offen steht. Nach der Vierklassengesellschaft im Diskriminierungsschutz brauchen wir nicht auch noch die Zweiklassengesellschaft im Familienrecht“, sagt der Wiener Rechtsanwalt *Dr. Helmut Graupner*, Präsident der Homosexuellen-Bürgerrechtsorganisation *Rechtskomitee LAMBDA*, „Gleiches Recht für alle! Alles andere ist Diskriminierung“.

Das 1991 gegründete Rechtskomitee LAMBDA (RKL) arbeitet überparteilich und überkonfessionell für die umfassende Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen und Männer. In seinem Kuratorium vereinigt es so prominente Mitglieder wie den SPÖ-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer, Präs. NRObg. Peter Schieder, NRObg. Mag. Terezija Stoisits, den renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich und die Kinder- und JugendanwältInnen von Wien DSA Monika Pinterits und Dr. Anton Schmid, den Generalsekretär von Amnesty International Österreich Mag. Heinz Patzelt und die bekannten Menschenrechtsexperten Dr. Lilian Hofmeister und Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak, die Sexualwissenschaftler ao.Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner und Prof. Dr. Rotraud Perner, den Theologen Univ.-Prof. Dr. Kurt Lüthi, Günter Tolar u.v.a.m.

Rückfragehinweis: Rechtskomitee LAMBDA (01/876 30 61; 0676/3094737), office@RKLambda.at; www.RKLambda.at

16.08.2004